Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Freitag den 8. September 1911. | 22. Jahrg.

Nr. 208.

Der lernunfähige Freisinn.

Die „Wahlkampf"-Schrift des Genossen Gradnauer ist es den Nachkömmlingen Eugen Richters schmerzhaft angetan. Sie unternehmen es in der Freisinnigen Zeitung, gegen die sozialdemokratische Propagandaschrift einen Leitartikel loszulassen. Freisinnige Provinzblätter, so die Zittauer Morgenzeitung, drucken die Leistung ihres Berliner Parteiorgans eiligst nach. Wir begreifen auch, daß die Freisinnige Zeitung sich ihrem Begründer und einstigen Parteiführer Eugen Richter verpflichtet glaubt, da er in unserer Wahlkampf-Schrift ob der Verständnislosigkeiten in seinem „Sozialistenspiegel" mitgekommen wurde. Aber daß die Verteidigung des verstorbenen Richters so witzlos und so unwissend ausfallen würde, das hatten wir kaum erwartet.

Die Freisinnige Zeitung hat einmal wieder entdeckt, daß die Sozialdemokratie ihre Endziele verschleiere, und darob ist sie sehr erregt. Das Blatt schweigt sich redlich aus über die mannigfachen Hinweise der „Wahlkampf"-Schrift auf die gröblichen statistischen Kunststücke, durch die nach Eugen Richters Vorbild liberale Leute bis zum heutigen Tag die Festigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise vorzutäuschen versuchen. Es achtet auch nicht all des wichtigen Tatsachenmaterials, das von sozialdemokratischer Seite zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen vom Kapitalismus zum Sozialismus beigebracht werden. Nein, die Freisinnige Zeitung hat ausschließlich ein Interesse am „Zukunftsstaat". Sie will durchaus ganz genau wissen, wie es in dem sozialistischen Gemeinwesen hergehen wird. Und wenn wir dem liberalen Blatte alle diese Geheimnisse nicht enthüllen, so klagt es Stein und Bein über „verschleierte Endziele". Ja, noch mehr: wenn wir die Grundzüge des Sozialismus darlegen und so eigentlich die Neugierde auch des Freisinnsmanns zu befriedigen uns bemühen, dann schreit er wieder entrüstet auf, daß das doch gar nicht der wirkliche „Zukunftsstaat" sei, den die Sozialdemokratie erstrebe. Die Freisinnige Zeitung kennt eben den sozialistischen Zukunftsstaat viel besser als wir selbst. Dieser Staat muß durchaus so aussehen, daß die geistigen Fähigkeiten der Liberalen hinreichen, um ihn als ein ganz abscheuliches Gemeinwesen, als einen Staat des Zwanges und der Unterdrückung auszugeben und zu verlästern.

An einigen Beispielen sei gezeigt, mit wieviel Witz die Freisinnige Zeitung die Probleme der sozialen Entwicklung zu behandeln fertig bringt. Die Freisinnige erwähnt, daß die „Wahlkampf"-Schrift sich gegen den gegnerischen Vorwurf wendet, als wolle die Sozialdemokratie das Eigentum abschaffen. Es wird folgender Satz zitiert: „Die Sozialdemokratie will den arbeitenden Menschen das ihnen geraubte Eigentum wiedergeben, was natürlich nicht in der Art geschehen kann, daß jeder einzelne Arbeitende einen kleinen Fetzen vom Großgrundbesitz oder von den großen Fabriken oder den großen Finanzinstituten erhält, sondern nur in der Weise, daß die Gesamtheit der Arbeitenden dieses Kapital übernimmt."

Und darauf erwidert tiefsinnig die Freisinnige Zeitung:

„Das sind aber doch blotze Spiegelfechtereien. Der Einzelne ist etwas ganz anderes als die Gesamtheit; er kann unter Umständen hungern und frieren, während die Gesamtheit Nahrung und Holz in Menge hat. Auch heute besitzen wir beispielsweise fiskalische, also der Allgemeinheit gehörende Waldungen; aber wehe der Einzelperson, die ohne Erlaubnis einen Ast oder eine Beere aus diesen Wäldern für ihren persönlichen Bedarf mit nach Hause nimmt! Auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat wird es nicht anders sein; jeder wird geduldig darauf warten müssen, was ihm die „Gesamtheit" zuerteilt und ob das immer genügt und immer den Leistungen entspricht, wollen wir stark dahingestellt sein lassen."

Wir sind vernichtet! Die Sozialdemokratie legt dar, daß die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung immer mehr den Kleinbetrieb ausschaltet und das aus Arbeit stammende Eigentum der Kleinproduzenten vernichtet, daß die Betriebe immer größeren Umfang annehmen und der Gegensatz zwischen der kleinen Zahl von Inhabern aller Produktionsmittel und der Riesenzahl der besitzlosen Arbeiter sich immer mehr ausbreitet. Sie folgert aus dieser Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung, daß eine Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung des privaten Kleineigentums unmöglich ist, daß also nur die Wahl bleibt zwischen Beibehaltung und weiterer Verschärfung des kapitalistischen Klassengegensatzes und zwischen Neuverbindung von Arbeit und Produktionsmittel auf Grund der erreichten technischen und organisatorischen Wirtschaftsfortschritte. An diesem größten Problem der Gegenwart und Zukunft drückt sich aber der liberale Artikelverfasser hübsch vorsichtig vorbei und vollbringt statt dessen den schlauen Hinweis auf den fiskalismus des heutigen kapitalistischen Staates. Der Artikelschreiber leistet sich die platte Redensart, daß „der Einzelne etwas ganz anderes ist als die Gesamtheit". Weil heutigen Tages nicht jedermann im fiskalischen Walde nehmen darf, was er will, darum — ist für den Einzelnen auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaate nichts zu holen! Die brave Freisinnige vermag nicht einmal zu erkennen, daß der heutige Staat vorwiegend eine Organisation der Besitzesinteressenten ist und daß seine fiskalische Wirtschaft nur eine Abart des privaten Kapitalismus ist. Der groteske Fall zeigt, daß das Freisinnsgehirn völlig ungeeignet ist, sich aus dem kapitalistischen Vorstellungskreis irgendwie zu erheben und sich das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft außerhalb der kapitalistischen Gegensätze und Ausbeutungsverhältnisse vorzustellen.

Noch grotesker wird die Freisinnige Zeitung, indem sie sich gegen die Ausführungen der „Wahlkampf"-Schrift wendet, in denen die verleumderischen Albernheiten abgefertigt werden, als wolle die Sozialdemokratie den Unbemittelten noch ihr letztes Stückchen Eigentum entreißen. Es wird folgende Stelle aus der genannten Schrift angeführt:

„Die Expropriation (Enteignung), die wir Sozialdemokraten erstreben, das ist die Expropriation der Expropriateure, derer, die auf Grund von Besitz sich immer mehr bereichern und die Massen des arbeitenden Volkes für ihre Reichtumsvermehrung mißbrauchen. Die Sozialdemokratie will nicht, wie man elend verleumdet, jemand die Notgroschen und Ersparnisse entziehen, sondern umgekehrt denen das Handwerk legen, die der großen Menge arbeitsamer Menschen durch ihre Jagd nach Profit und immer mehr Profit die Möglichkeit nehmen, sich gegen Not und Armut zu sichern."

Was weiß die Freisinnige darauf zu sagen? Sie erklärt kurz und bündig: „Mit Verlaub, das ist eine Unwahrheit." Die Freisinnige kennt die Wahrheit der sozialdemokratischen Absichten viel besser als der Verfasser der sozialdemokratischen Schrift. Das sozialdemokratische Programm spreche keineswegs „nur von den großen Kapitalisten" und Kautsky habe auch etwas ganz anderes über diese Sache geschrieben. Leider hat der Wahrheitsmann der Freisinnigen es der Mühe nicht für wert gehalten, einen Blick in das sozialdemokratische Programm zu werfen. Sonst hätte auch er, wie immer es um seine Erkenntnisfähigkeit stehen mag, erkennen können, daß das sozialdemokratische Programm allenthalben den Kapitalismus als den Vernichter des Kleinbesitzes darstellt und daß es vollends deutlich erklärt: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitigen harmonischen Vervollkommnung werde." Daß selbstverständlich Kautsky, der Verfasser des Erfurter Programms, derselben Auffassung ist, dies konnte der freisinnige Wahrheitsmann zu allem Ueberfluß auch aus der „Wahlkampf"-Schrift ersehen, in der, kurz vor der zitierten Stelle, ausführlich mitgeteilt wird, was Kautsky über die „Mittelstandsvernichtung" geschrieben hat. Freilich, wir Sozialdemokraten können sagen was wir wollen, wir verschleiern unsere Ziele und sagen nicht die Wahrheit. Die Freisinnige muß der Welt diese Wahrheit verkünden. Und diese Wahrheit sieht nun also aus:

„Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß das gesamte kapitalistische Privateigentum, auch das der winzigsten Kapitalisten", bis auf die Schweineställe und die Spaten des geringsten Arbeiters hinab, verstaatlicht werden soll. Daneben natürlich auch jeder Spargroschen, den sich die Arbeiter für den Fall der Not zurückgelegt haben — denn nach der sozialdemokratischen Theorie ist ja jeder Pfennig Zinsen, den die Sparkassen oder ähnliche Institute auszahlen, durch „Aneignung" gewonnen."

Nun weiß man es ganz genau, was die erschrecklichen Sozis erstreben. Der kleine Parzelleninhaber, der sich ein oder zwei Schweine aufzieht, ist ein — Kapitalist! Der am nötigsten Mangel leidende Arbeiter, der einen Spaten mit zur Arbeit bringt, ist ein — Kapitalist! Das arme Dienstmädchen, das sich ein paar Spargroschen zurücklegt, ist selbstverständlich ein — Kapitalist! Und da die Sozialdemokratie alle Kapitalisten expropriieren will, folglich . . . . .!

So geht es in der Freisinnigen Zeitung noch eine Weile weiter. Die obigen Beispiele können aber genügen, um den Geistesreichtum und die Wahrheitsliebe, die Denkfähigkeit und die Lernfähigkeit gewisser freisinniger Auchpolitiker zu kennzeichnen. Im übrigen zeigt das verwirrte Gerede der Freisinnigen Zeitung, daß die „Wahlkampf"-Schrift unseren Gegnern recht unangenehm ist, womit wir durchaus einverstanden sein können.

Englischer Gewerkschaftskongreß.

lk. London, 5. September.

Erster Verhandlungstag.

Der 44. Jahreskongreß der britischen Trades Unions ist gestern in Newcastle-on-Tyne eröffnet worden. Es sind 521 Delegierte zugegen, die eine Gesamtmitgliederzahl von 1 662 133 vertreten. Gegenüber dem letztjährigen Sheffielder Kongreß stellt das eine Zunahme von 16 Delegierten und von 14 413 Mitgliedern dar, trotzdem die Gewerkschaft der Tischler in diesem Jahre ausgeschieden ist. Unter den Delegierten befindet sich der größte Teil der Arbeiterfraktion des Unterhauses. Wie gewöhnlich, ist das Handelsministerium durch zwei Beamte der Arbeitsabteilung, die vor Jahren Gewerkschaftsführer waren, vertreten. Diesmal hat es aber auch das Ministerium des Innern, das sich gerade jetzt durch seine militärische Gewaltpolitik anläßlich der Streikbewegung bei den Arbeitern besonders verhaßt gemacht hat, für angemessen gehalten, ebenfalls einen „brüderlichen Delegierten" zum Kongreß zu entsenden. Der Mann seiner Wahl ist Shackleton, der noch am Sheffielder Kongreß als Vizepräsident fungierte und ihn als solcher fast vollständig beherrschte, jetzt aber „Arbeitsratgeber" des Ministeriums des Innern ist. Ein Teil der Delegierten war sowohl mit der Tatsache des Vertretenseins des Ministeriums des Innern, wie auch mit der besonderen Wahl des Vertreters offenbar unzufrieden, und der Delegierte der Maurer, E. Morris, wollte die Sache auch gleich nach der Eröffnung des Kongresses zur Sprache bringen. Allein der Präsident, W. Mullin, Vertreter der Baumwollkrempler, schnitt ihm sofort mit dem Bemerken das Wort ab, daß diese Sache nicht auf der Tagesordnung sei.

Der erste Verhandlungstag war fast gänzlich von der Eröffnungsrede des Präsidenten ausgefüllt. Dieser wird immer große Aufmerksamkeit geschenkt, aber diesmal hatte man angesichts der Ereignisse der letzten Wochen eine besonders markante Kundgebung der Politik der englischen Gewerkschaften erwartet. Die Rede scheint aber bei den Delegierten allgemeine Enttäuschung ausgelöst zu haben. Die Fragen, die heute ganz England bewegen, nämlich die jüngsten Massenstreiks und alles, was mit ihnen zusammenhängt, wurden in der Rede etwas wortkarg abgefertigt, und der ganze Geist der Rede trug der völlig veränderten Stellung, in die die Streikbewegung die organisierte Arbeiterschaft Englands versetzt, nur in geringem Maße Rechnung. Zum Teil mag das wohl daran liegen, daß der größte Teil der Rede schon vor den großen Ereignissen der letzten Wochen abgefaßt war. Der wichtigere Grund ist aber der, daß der diesjährige Präsident zur alten Garde des Trades Unionismus und noch dazu zur konservativsten Schicht derselben, den Baumwollarbeitern, gehört, die sich von der neuen Bewegung nur widerwillig hat mit fortreißen lassen.

Nachdem der Präsident die Osborne-Vorlage, die Parlamentsakte, die Grubeninspektionsbill und andere Vorlagen berührt hatte, wandte er sich zur jüngsten Streikbewegung. Er sagte darüber: Keiner, der weiß, was ein Streik bedeutet, wird ihn leichtfertig herbeiführen, aber ebensowenig kann ein Gewerkschaftler daran denken, das Recht der Arbeitseinstellung aufzugeben. In den letzten Jahren ist die Taktik der Tarifverträge und Einigungsämter stark in den Vordergrund gerückt. Es kann schwerlich behauptet werden, daß sie in der Praxis der organisierten Arbeiterschaft vorteilhaft gewesen sind. Ein sich hinziehender Schiedsgerichtsjammer für Leute, die keinen menschenwürdigen Lohn erhalten oder bis zum Zusammenbruch überarbeitet werden, ist keine Lösung. Wenn wir auf die Haltung der Eisenbahndirektoren zurückblicken, dann scheint es, als ob wir in das feudale Zeitalter zurückgekehrt wären. Es zeugt nur von einer unglaublichen Torheit, wenn eine Unternehmerschicht sich das Recht anmaßen möchte, nicht nur die Arbeitsbedingungen diktieren zu wollen, sondern auch mächtigen Arbeiterorganisationen die Anerkennung zu verweigern. Diese Eisenbahnkommandanten haben eine Vogel-Strauß-Politik befolgt, aber es ist ihnen jetzt eine Lektion erteilt worden, die sie schwerlich vergessen werden. Aber wir dürfen die Angelegenheit nicht dabei beruhen lassen. Die Eisenbahnen haben ihre Privilegien nicht bloß im Interesse der Direktoren und Aktionäre, sondern auch der Volksgesamtheit von den Regierungen erhalten. Es scheint mir, daß eine Regierung ihre Pflicht vernachlässigt, wenn sie mehr daran denkt, ohne Verlangen einer Zivilbehörde das ganze Land mit Truppen zu besetzen, als diesen kommerziellen Magnaten das Gesetz klar zu machen. Jede andere Unternehmerschicht hat es von unschätzbarem Vorteil gefunden, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Wir haben sicherlich noch nicht das letzte von dieser alten Autokratie gehört. Die Leiden, die das Publikum infolge der übermütigen Handlungsweise der Eisenbahndirektoren zu erdulden hatte, werden nicht sobald vergessen werden. Mullin zollte dann den Eisenbahnern, die so loyal zu ihren Führern gehalten haben, Anerkennung und rief sie auf, auch in Zukunft loyal zu bleiben.

Mullin schloß seine Eröffnungsrede mit den Worten: Ich kann nicht umhin, auf die vielen schmählichen Versuche eines Teiles der Presse hinzuweisen, böses Blut zwischen den deutschen und den englischen Arbeitern zu schaffen, und es wird der Wunsch und die Pflicht aller organisierten Arbeiter in beiden Ländern sein, alles mögliche zu tun, um solchen Bestrebungen entgegenzuwirken.

Der Rest der Sitzung wurde mit der Verhandlung verschiedener Resolutionen, die sich auf die Arbeitsbedingungen gewisser besonderer Arbeiterschichten, namentlich Handelsangestellte, beziehen, ausgefüllt. Sie wurden alle ohne Widerspruch angenommen.

* * *

Zweiter Verhandlungstag.

Die unnatürliche Ruhe der Eröffnungsrede und der ersten Sitzung hat sich als die Ruhe vor dem Sturm erwiesen. Die Erbitterung der englischen Arbeiterschaft gegen die Regierung der militärischen Gewaltpolitik brach sich bei der ersten Gelegenheit mit elementarer Wucht Bahn.

Nach der üblichen, aber wie immer farb- und bedeutungslosen Empfangsrede des Bürgermeisters des Kongreßortes begann die Diskussion des Berichtes des parlamentarischen Komitees. Der Bericht folgt im wesentlichen dem Gedankengang der Eröffnungsrede des Präsidenten. Nach einer Rückschau auf die gesetzgeberischen Ergebnisse des verflossenen Jahres läßt er sich insbesondere über die Osborne-Vorlage, die Streikbewegung und die Arbeiterversicherungsvorlage aus. Zur Osborne-Vorlage bemerkt der Bericht, daß sie, „obschon sie nicht so günstig und umfassend abgefaßt ist, wie die Gewerkschaften es wünschen könnten, vor der dritten Lesung noch zweifellos in eine zufriedenstellende Form gebracht werden wird".

Die Hauptursachen der Streikbewegung findet der Bericht in der Weigerung gewisser Unternehmerschichten, mit den gewählten Vertretern der Arbeiter zu unterhandeln, in den schlechten Arbeitsbedingungen und in dem unorganisierten Zustand vieler Arbeiter. Der Bericht anerkennt die beträchtlichen Vorteile, die in der Streikbewegung errungen worden sind und begrüßt die sich mehrenden Zeichen der Einigkeit aller Arbeiterschichten. „Während wir", fährt der Bericht fort, „die Ausbrüche von Gewalttätigkeit durch unorganisierte Arbeiter verurteilen, glauben wir, daß diese Gewalttätigkeiten im großen Maße verschuldet und provoziert worden sind durch die unnötige Aufmarschierung von Polizei und Militär. Das Komitee ist überzeugt, daß der dauernde Erfolg der Arbeiter nur gesichert werden kann durch gründliche und disziplinierte gewerkschaftliche Aktion."

Den Versicherungsentwurf behandelt der Bericht recht ausführlich. Er stellt sich ihm kritisch, aber sehr sympathisch gegenüber und geht auf die in der Eröffnungsrede enthaltene Andeutung, daß die Funktion des Versicherungsentwurfs die einheitlichere Organisation der Gewerkschaften erleichtern könnte, näher ein. Das parlamentarische Komitee schlägt den Gewerkschaften vor, zum Zwecke der Ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110908/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG